Morgen-Ausgabe Nr. 292 Freitag, 24. Juni 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgeb. bei tägl. zweimal. Zustellung frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachsens m. Abendausg. 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Eilangeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Moskau will die Prager Stellung halten

Komintern gegen das Nationalitätenstatut

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Juni.

Fast die gesamte polnische Presse gibt eine Meldung wieder, wonach die Komintern nach Aufforderung von tschechischer kommunistischer Seite die Offensive gegen das Nationalitätenstatut in der Tschecho-Slowakei aufzunehmen beabsichtige.

Die Meldung klingt sehr wahrscheinlich, haben doch die Kommunisten in den sudetendeutschen Gebieten eine vernichtende Niederlage bei den Wahlen erlitten, während sie bekanntlich im eigentlichen tschechischen Gebiet sehr gut abschnitten. Sie haben selbstverständlich deshalb das größte Interesse daran, die Stellung ihrer Gegner zu schwächen. Es wird denn auch weiter berichtet, daß auf einer Sitzung des Exekutivkomitees der Komintern der tschechische kommunistische Abgeordnete Gottwald eingehend über die Wahlergebnisse in der Tschecho-Slowakei berichtet und dabei der Befürchtung Ausdruck verliehen hat, daß eine Autonomie der Nationalitäten eine entsprechende Schwächung der kommunistischen Positionen in diesem Gebiet mit sich bringen würde. Das aber würde von großem Nachteil auch für die kommunistische Arbeit sein, die von der Tschecho-Slowakei aus in den Nachbarstaaten getrieben wird. Gottwald habe deshalb den Antrag gestellt, die Komintern möge alles, was in ihren Kräften stehe, zur Bekämpfung des Statuts unternehmen. Dieser Antrag sei durch das Exekutivkomitee angenommen worden.

Es zeigt sich hier wieder einmal, wie von kommunistischer Seite jeder Befriedung entgegengearbeitet wird. Man wird aber über diese Frage hinaus offenbar mit einer verstärkten Tätigkeit der Komintern zu rechnen haben, denn die in Moskau in russischer Sprache erscheinende Zeitschrift der Komintern-Leitung fordert das Weltproletariat auf, eine eigene Außenpolitik zu betreiben. In diesem Artikel heißt es unter anderem:

„Die Arbeiterklasse muß den maßgebenden Einfluß auf die Außenpolitik ihres Landes gewinnen. Dazu ist vor allem ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterklasse in nationalem und internationalem Maßstab erforderlich. Dann würde sie imstande sein, ihre ganze Kraft in die Waagschale zu werfen, um die Völker Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Kleinstaaten in einer Einheitsfront des Friedens um die Sowjetunion zusammenzuschließen, um deren folgerichtige Friedenspolitik zu unterstützen. Dann würde auch der Völkerbund anders aussehen und ein Werkzeug aller demokratischen Kräfte der Welt sein." Es ist ohne weiteres klar, daß mit diesen Auslassungen eine Kominternparole in die proletarischen Massen geworfen werden soll, soviel dabei auch von Frieden und Demokratie gefabelt wird. Es scheint, daß mit dieser Agitation für eine „eigene proletarische Außenpolitik" wieder ein neuer Kominternplan eingeleitet wird.

Allgemeine, zeitlich begrenzte Dienstpflicht verkündet

Durchführung unaufschiebbarer Aufgaben sichergestellt – Notwendige Verordnung

Berlin, 23. Juni.

Die nationalsozialistische Regierung fand bei der Machtübernahme 1933 7 Millionen Arbeitslose vor. Zu Beginn des Vierjahresplanes 1936 hatte Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring noch mit einer Million Volksgenossen zu rechnen, die als Reserve in dem Ringen um Deutschlands wirtschaftliche Selbstbehauptung bereitstand. Diese Reserve ist heute voll eingesetzt. Es sind deshalb besondere Maßnahmen notwendig, welche die umgehende Durchführung vor allem der staatspolitisch vordringlichen Aufgaben sicherstellen sollen.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan hat deshalb durch eine am 1. Juli 1938 in Kraft tretende Verordnung die gesetzlichen Grundlagen für eine allgemeine, zeitlich begrenzte Dienstpflicht aller deutschen Staatsangehörigen geschaffen.

Entgelt nicht geringer

Die „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfes für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" vom 22. Juni 1938 wendet sich an alle deutschen staatsangehörigen Männer und Frauen jeden Berufes, die arbeitsfähig sind und verpflichtet sind, vorübergehend auf einem ihnen besonders zugewiesenen Arbeitsplatz im Rahmen eines ordentlichen Arbeitsvertrages Dienste zu leisten oder sich einer bestimmten Ausbildung zu unterziehen. Der alte Arbeitsplatz und die bisher erworbenen Ansprüche bleiben den Dienstpflichtigen erhalten. Es wird dafür gesorgt, daß das dem Dienstpflichtigen gewährte Entgelt nicht geringer ist als das aus dem alten Arbeitsverhältnis.

Nur besonders wichtige Vorhaben

Die Verordnung ist von dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherung durchzuführen. Er erhält seine Weisungen vom Beauftragten für den Vierjahresplan, der auch die Aufgaben bestimmt, auf welche die Verordnung anzuwenden ist. Es wird sich dabei nur um besonders wichtige, unaufschiebbare Vorhaben handeln. Die Zahl der Deutschen, die zu der befristeten Dienstpflicht herangezogen werden, wird deshalb nur begrenzt sein.

Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring hat als Beauftragter für den Vierjahresplan bisher mit Dank erfahren, daß für die ihm vom Führer gestellte Aufgabe das ganze deutsche Volk mit dem Herzen und der Tat mit eintritt. Er verläßt sich darauf, daß das deutsche Volk ihm jetzt auch auf dem Wege, der die Ueberwindung des Mangels an Arbeitskräften zum Ziele hat, folgen wird.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Besprechungen mit Hodza werden fortgesetzt

Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei erläutern die Forderungen an die Regierung

Prag, 23. Juni.

Das Tschecho-Slowakische Preßbüro teilt mit: Donnerstag vormittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Hodza die informative Besprechung des politischen Ministerausschusses mit den bevollmächtigten Unterhändlern der Sudetendeutschen Partei statt. An der Konferenz, die im Ministerratspräsidium stattfand, nahmen der Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung, Eisenbahnminister Bechyne, Innenminister Dr. Cerny, der Minister für das Schulwesen, Dr. Franke, Unifizierungsminister Monsignore Dr. Sramek, Handelsminister Micoch und der Minister für öffentliches Gesundheitswesen, Jesek, und für die Sudetendeutsche Partei die Abgeordneten Kundt, Dr. Rosche, Dr. Peters, ferner Dr. Sebekowsky und Dr. Schickedanz teil.

Die Vertreter der Sudetendeutschen Partei informierten die politischen Minister über ihre Ansichten betreffs Lösung der Neuregelung der Nationalitätenverhältnisse und gaben ihnen ausführliche Erläuterungen zu den Forderungen, die von der Sudetendeutschen Partei der Regierung vorgelegt wurden. Die Aussprache, die um 10,30 Uhr eröffnet wurde, wurde nachmittags unterbrochen. Ihre Fortsetzung wurde auf 17 Uhr festgesetzt, zu welcher Zeit alle Teilnehmer der Beratung wieder im Ministerratspräsidium zusammentreten.

Teilweise Aufhebung der Sperren

Gablonz, 23. Juni.

Die am 21. Mai getroffenen militärischen Absperrmaßnahmen im Riesengebirge wurden aufgehoben, und das westliche Riesengebirge ist nunmehr endlich wieder zugänglich. Die Staatsstraße Neuwelt–Jakobsthal dagegen ist für Fahrzeuge noch gesperrt. Auch im Iergebirge werden die Absperrungen aufgehoben. Man wird lange Zeit brauchen, um den durch diese Maßnahmen entstandenen wirtschaftlichen Schaden nur halbwegs aufzuholen.

Die Polizeidirektion in Gablonz hat unter Bezugnahme auf das Staatsverteidigungsgesetz die Ausübung der Jagd in elf Gemeinden des Bezirkes Gablonz verboten.

Mehr Aufgeschlossenheit drüben

In Baden-Baden tagen zur Zeit deutsche und französische Anhänger der Verständigung. „Wieder einmal", wird mancher denken, trotzdem derartige Zusammenkünfte nicht eben häufig sind. Dieser Kongreß zum Beispiel, veranstaltet von der Deutsch-Französischen Gesellschaft und dem Comité France-Allemagne, ist erst der zweite seiner Art. Der erste fand im Zusammenhang mit der Weltausstellung in Paris statt. Aber es ist wahr, Ströme von Gedanken sind bereits geflossen, die sich mit dem Problem der Verständigung beschäftigten; Ströme, so breit und so tief, daß manche Klippe in ihnen hätte versinken können, würden nicht die Wasser immer wieder abgeleitet. Es ist ja nicht so, daß nicht auch ein großer Teil der denkenden Franzosen ernsthaft wünschte, daß beide Nationen näher aneinanderrückten. Es gibt führende Geister auch drüben, die edelsinnig ein besseres Verhältnis anstreben. Eine wirkliche Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland würde ja nicht nur den Frieden Europas auf Jahrzehnte sichern, sondern auch der Gesamtkultur der Menschheit unschätzbare Dienste leisten. Die Verständigung ist nach wie vor ein Zentralproblem der europäischen Politik. In Deutschland gibt es niemanden, der nicht **gleich eine gute Nachbarschaft zu der großen verwandten Nation begrüßen würde. Es gibt im deutschen Volke keine Gefühle, die dem hinderlich im Wege stünden.** Jeder Franzose, der ohne Vorurteile das Reich besuchte, ist stets herzlich willkommen geheißen worden; er hat sich davon überzeugen können, daß keine Stimmung der Feindschaft, der Abneigung, nicht einmal eine solche der Zurückhaltung gegenüber dem französischen Volke besteht. Er hat auch feststellen können, daß alle die Meldungen über dunkle Pläne des Nationalsozialismus gegenüber Frankreich nichts als hetzerische Hirngespinste sind. Wiederholt hat der Führer die Hand ausgestreckt, und das deutsche Volk war mit ihm einig. Ergriffen worden freilich ist diese Hand nie. Wenn von verantwortlichen französischen Staatsmännern hin und wieder Reden gehalten wurden, in denen sie sich für bessere Beziehungen einsetzten, so blieb es bei den bloßen Reden; meistens hörte man im Unterton geistige Vorbehalte heraus, so daß deutlich zu spüren war, daß kein ernstlicher Wille dahinterstand. Daher erweckt das Wort „Verständigung" mit seinem Klang in uns Empfindungen des Bedauerns, wenn nicht gar eine gewisse Bitterkeit. Darunter leidet auch eine Tagung wie die Baden-Badener. Die Veranstalter empfanden das wohl selbst und wählten infolgedessen als Motto keine optimistischen Bezeichnungen von Wunschträumen, die mit der derzeitigen politischen Lage in klaffendem Widerspruch stünden, sondern einigten sich auf das neutralere Gebiet: „Der Beitrag Deutschlands und Frankreichs zum kulturellen Leben Europas."

Im Vordergrunde stehen die Gefilde der Kunst. So sprachen soeben zwei der führenden Architekten der Gegenwart — Professor Sagebiel auf deutscher und Professor Perret auf französischer Seite — über moderne Architektur. Der eine ist der Schöpfer des neuen Reichsluftfahrtministeriums, der Gestalter der Reichswerke Hermann Göring, der Erbauer der Flughäfen von Tempelhof, München und Stuttgart. Dem anderen verdankt Frankreich das Théâtre des Champs-Elysées, die Kirche Notre-Dame de Raincy, das Gebäude des Pariser Möbel-Magazins und eine Reihe von drüben sehr bekannten Industrie- und Wohnbauten. Beide Vorträge ergänzten sich sehr glücklich und boten in der geistigen Grundhaltung zu den modernen Forderungen der Baukunst viel Gemeinsames. Am Mittwoch begegnete ganz besonderem Interesse die Sitzung, die dem Film und dem Theater gewidmet war. Leni Riefenstahl kam dabei zum Wort und machte Ausführungen, die für die Verschiedenheit der Volkscharaktere aufschlußreich waren. Gerade weil sich der französische Film vom deutschen wesentlich unterscheidet, hat unser Schaffen durch ihn manche Anregungen erfahren. Während die deutschen Schöpfungen durchweg von einer Problematik durchsetzt sind, liegt in den französischen eine Atmosphäre, die mehr zwischen den Dingen zu suchen ist. Eine ausgesprochen deutsche Angelegenheit sei der Dokumentarfilm. Diese Art habe bisher in Frankreich noch keinen Eingang gefunden. Gerade sie sei aber geeignet, zum besseren Verstehen der Völker beizutragen; denn sie zeige die Seele des Volkes. Daran anknüpfend trat Leni Riefenstahl lebhaft für einen Filmaustausch ein. Durch dessen Ausbau könnte allerdings unzweifelhaft vieles geschaffen werden; denn die Lichtspieltheater werden von Massen besucht, von Angehörigen aller Schichten, und im positiven Sinne ist der Film ein ebenso starkes Propagandamittel, wie er es leider ebenso im Negativen sein kann.

Die Baden-Badener Tagung nun ist ein Glied in einer Kette umfangreicher Bemühungen. Erinnert sei hier nur an den Jugendaustausch, an Studienfahrten von hüben und drüben, an Frontkämpfertreffen und vieles andere. Lauter Bausteine. Es ist — und darüber kann in keiner Weise ge-